

ÖAMTC: E-Auto Vorschlag des UBA unrealistisch, teuer und wirkungslos

Es ist nicht die Aufgabe des Umweltbundesamtes, Politik zu machen

Wien (OTS) - Für Aufsehen sorgt derzeit eine Aussage des Umweltbundesamtes (UBA), wonach ab 2020 in Österreich keine Benzin- und Diesel-Autos mehr verkauft werden sollten. „Abgesehen davon, dass diese Forderung unrealistisch ist, würde sie eine massive Mehrbelastung von mehreren 1.000 Euro für fast jeden österreichischen Haushalt mit sich bringen“, kritisiert der Chef der ÖAMTC-Interessenvertretung, Bernhard Wiesinger. Es ist davon auszugehen, dass batteriebetriebene Fahrzeuge auch 2020 noch nicht tauglich für den Massenmarkt sein werden. „Aufgrund der rund 10.000 Euro höheren Anschaffungskosten, der höheren Betriebskosten sowie einer Reichweite von höchstens 150 Kilometern erfüllen die E-Fahrzeuge von heute bei weitem noch nicht die Anforderungen der Nutzer an einen modernen Pkw“, stellt Wiesinger fest.

Betroffen wären einmal mehr all jene, die auf die regelmäßige Nutzung eines Fahrzeugs angewiesen sind. „Laut Statistik Austria pendeln rund 2,1 Millionen Österreicher zu einem Arbeitsplatz außerhalb ihrer Gemeinde. Mindestens 650.000 davon haben keine andere Alternative als den eigenen Pkw“, zeigt der Chef der ÖAMTC-Interessenvertretung auf. Auch Familien, von denen fast 95 Prozent ein Auto nutzen, wären direkt von den Teuerungen betroffen.

Hinzu kommt, dass die Umsetzung der UBA-Idee hinsichtlich der Entwicklung des Klimawandels völlig wirkungslos wäre. „Selbst wenn von heute auf morgen kein einziges Auto mehr in Österreich fährt, würde das lediglich ein 28 Tausendstel der weltweiten Treibhaus-Emissionen einsparen. Das würde den Klimawandel um keinen einzigen Tag verzögern“, stellt Wiesinger klar. „Es geht darum, im internationalen Gleichschritt verträgliche Umweltmaßnahmen zu setzen.“

Im Übrigen ist es auch nicht Aufgabe des UBA, Politik zu machen. „Es soll Grundlagen und Fakten liefern, die Dinge außer Zweifel stellen. Hier ist Minister Rupprechter dringend gefordert, Ordnung in seinem Haus zu schaffen und demokratisch nicht legitimierte UBA-Beamte an ihre eigentliche Aufgabe zu erinnern“, fordert Wiesinger abschließend.